

Haushaltsrede 2016/ 2017

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen, ,

meine Damen und Herren,

mittlerweile haben wir in Eitorf leider ja schon Erfahrung darin, die Haushaltsplanberatungen unter Haushaltssicherungsgesichtspunkten führen zu müssen. Wir hatten nie die Möglichkeit, finanziell aus dem Vollen zu schöpfen. Seit Jahren nun müssen wir größte Kraftanstrengungen aufbringen, um die Anforderungen an die Haushaltssicherung zu erfüllen. Dabei sind Investitionsmaßnahmen nur noch in ganz eng begrenztem Maß möglich und die konsumtiven Ausgaben müssen immer weiter hinterfragt und beschnitten werden. Wie wir befinden sich allerdings mehr als 2/3 aller Kommunen in NRW in der Haushaltssicherung und müssen sich damit auch alljährlich den Regeln dieser strengeren Haushaltsführung unterwerfen.

Auch in den beiden Haushaltsjahren 2016 + 2017 müssen wir wieder an der Stellschraube STEUERERHÖHUNG drehen, was uns Allen sicherlich nicht leicht fällt. Steuererhöhungen sollten immer das letzte Mittel sein. Und trotz kritischer Durchleuchtung und Durchforstung des vorgelegten Haushaltsplanentwurfs konnten keine weiteren Möglichkeiten für Ausgabenkürzungen gefunden werden. Der Haushalt ist schon ausgeblutet genug.

Dabei ist festzuhalten, dass wir bei den freiwilligen Leistungen keinen nennenswerten Rotstift angesetzt haben. Wir weisen trotz der Haushaltssicherung und trotz der vorgenommenen Aufgaben- und Ausgabenkritik noch freiwillige Leistungen aus – und dies ist auch gut so.

Belastend ist – wie schon gewohnt – die Entwicklung der Transferauszahlungen. Hierunter verbergen sich die Aufwendungen für Sozialleistungen und auch die Kreisumlage. In 2016 weist der Haushalt Aufwendungen in Höhe von knapp 22 Mio. € aus, für 2017 steigt diese Position dann auf 24,5 Mio. € – eine Entwicklung, auf die wir hier im Rat keinen Einfluss haben.

Trotz der Tatsache, dass aktuell seit Weihnachten kaum noch Flüchtlinge über die Balkanroute nach Deutschland kommen und in den letzten Wochen zur Entlastung der Kommunen das Land NRW tagtäglich nur noch 20 Zuweisungen von Flüchtlingen vornimmt, bleibt festzuhalten, dass wir bis Dezember 2015 alle tagtäglich aus den Nachrichten erfuhren, dass der Flüchtlingsstrom nach Deutschland und damit auch zu uns nach Eitorf nicht abreißen würde. Aktuell kann keiner von uns prognostizieren, wie sich die Entwicklung in 2016/ 2017 darstellen wird, wie viele Menschen untergebracht und betreut werden müssen und wie groß die Belastung für Flüchtlinge und Helfer sein wird. Für uns von der UWG Eitorf steht jedoch fest: alle Flüchtlinge, die aus Kriegs- und Krisengebieten zu uns kommen und unsere Hilfe benötigen, werden diese auch

erhalten. Ohne wenn und aber. Wir hoffen, dass dies auch unser Bürgermeister bei der Einbringung des Haushaltes nicht anders meinte!

Und dass für die Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge, ihre Betreuung und Integration immense Gelder im Haushalt der Stadt eingestellt werden mussten, wird von uns nicht in Frage gestellt. Aus finanzieller Sicht ist es natürlich wichtig, dass sich der Bund und das Land stärker und nachhaltiger an den Kosten beteiligen.

In diesem Zusammenhang möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Ausführungen des Bürgermeisters bei der Einbringung des Haushalts dazu angetan waren, die Vermutung zu haben, dass hier der Pfad des parteiübergreifenden Konsenses zur Flüchtlingsaufnahme verlassen werden soll. Dies kann und darf nicht sein und ist mit uns auch nicht zu machen. Gerade Eitorf mit seinen demographischen Problemen kann davon profitieren, dass junge und teilweise auch gut ausgebildete oder ausbildungswillige Flüchtlinge zu uns gekommen sind. Schulstandorte könnten somit langfristiger gesichert, der Abwärtstrend bei der Einwohnerzahl umgekehrt und vielleicht auch ein wichtiger Anstoß in Richtung Beseitigung des Fachkräftemangels in der Region in Aussicht gestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die UWG Fraktion wird dem Doppelhaushalt 2016/ 2017 inklusive des Haushaltssicherungskonzeptes in der vorliegenden Fassung zustimmen. Wir würden uns wünschen, wenn alle Fraktionen diesen Schritt mitgehen könnten. Wir versprechen, im Kontakt mit dem Bürgermeister dafür Sorge zu tragen, dass die Willkommenskultur, die Zuwanderern gegenüber in Eitorf schon immer Tradition hatte, nicht unter die Räder kommt. Fordern und Fördern waren und bleiben die Kern- und Knackpunkte in der Integrationsdebatte – auch den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien und den Asylsuchenden aus Afghanistan und dem Irak gegenüber werden wir diese Richtschnur beibehalten. Es gilt, auch in schweren Zeiten Verantwortung zu übernehmen und Verlässlichkeit zu zeigen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit